



Für: Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Derek Cofie-Nunoo, Fraktionsvorsitzender
Marilena Geugjes, stellv. Fraktionsvors.
Felix Grädler, stellv. Fraktionsvors.
Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg, stellv. Fraktionsvors.
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvors.
Rahel Amler, Anja Gernand, Sahin Karaaslan,
Dr. Dorothea Kaufmann, Dr. Nicolás Lutzmann,
Kathrin Rabus, Dr. Ursula Röper, Julian Sanwald,
Anita Schwitzer, Manuel Steinbrenner, Frank Wetzel

geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, 11.12.2019

Sachantrag zu TOP 12 ö des KOVA am 11.12.2019: Verlagerung des Ankunftsentrums für Flüchtlinge von Patrick-Henry-Village (PHV)

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen für das Ankunftszentrum auf dem Areal "Gewann Gäulschlag" unter den folgenden Bedingungen fortzuführen:

- ein Ausgleich für die aktuell auf dem Areal landwirtschaftlich genutzten Flächen im Verhältnis 1:1 geschaffen wird.
- geprüft wird, welche Flächen als Ausgleichspotentiale und/oder Ersatzflächen für die Landwirt*innen geeignet sind evtl. auch interkommunal.
- der Flächenbedarf für das Ankunftszentrum auf 10 ha beschränkt wird.
- eine nachhaltige und moderne Architektur umgesetzt wird und die Planung in den Betrachtungsraum des IBA-Projekts PHVision übernommen wird.
- die unterstützenden Einrichtungen (soziale Unterstützung, medizinische Versorgung, Polizei etc.) auf dem neuen Areal zusammenhängend erhalten bleiben.

Begründung:

Das Ankunftszentrum für Menschen auf der Flucht ist in Heidelberg gut aufgehoben. Das Ankunftszentrum gilt als deutschlandweit vorbildlich, auch aufgrund der sehr guten internen Organisation und der ehrenamtlich stark engagierten Heidelberger Stadtgesellschaft. Die IBA sollte das Ankunftszentrum nun in räumlichem Zusammenhang mit PHV mitentwickeln. Dadurch würde ein Ankunftszentrum in modellhafter Bauweise direkt neben dem Heidelberger Stadtteil der Zukunft entstehen. Durch diese Nachbarschaft wäre sowohl die verkehrliche Anbindung des Ankunftsentrums als auch die der PHV-Pionierbewohner*innen sichergestellt. Wir verlassen uns auf die Zusage der Landesregierung, hier ausschließlich ein Ankunftszentrum zu realisieren. Wir erwarten, dass das Land seine Zusage einhält, die erforderlichen Baukosten, (sowie aller Baunebenkosten für den Grundstückserwerb, die Bauleitplanung, Erschließungs- oder umwelt- und artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen) für ein Ankunftszentrum komplett zu finanzieren. Zudem erwarten wir von der Stadtverwaltung, dass Sie zeitnah mit den betroffenen Landwirt*innen und Vertreter*innen der Stadtteilvereine sowie der Bezirksbeirät*innen Gespräche aufnimmt. Erst wenn die oben genannten Voraussetzungen geschaffen sind, kann über eine Umsetzung der Planungen abgestimmt werden.